über kein eigenes technisches Wissen mehr verfügen müssen. Es entstehen dann leicht Verhältnisse wie sie *Horst Sendler* für die Gerichte beschrieben hat. Der Entscheider ist nicht selten Vollzugsgehilfe des Sachverständigen (*Horst Sendler*, Richter und Sachverständige, NJW 1986, 2909). Allerdings tritt, wegen der personellen Ausblutung der Aufsichtsbehörden, dieser Zustand bereits heute im immissions-schutzrechtlichen Vollzug vermehrt auf.

Vom Duktus der Arbeit her war es schwierig, konkret zu klären für welche Regulierung *Häfner* streitet. Bei allem berechtigten Abwägen und der Schwierigkeit Festlegungen bis in das letzte Detail vorzunehmen, wäre es hilfreich gewesen ein, wenigstens in den Grundzügen, präzisiertes konkretes Sachverständigenmodell und dessen wesentlichen Randbedingungen vorzustellen. Die praktisch wichtigsten Bausteine sind mit den Worten des Verfassers das Sachverständigenmodell und die Regulierung der Sachverständigentätigkeit.

Sehr ungleichgewichtig sind die Analysen des Bauordnungsrechts und des Arzneimittelrechts und so recht wird der Nutzen der Betrachtung des Arzneimittelrechts nicht klar. Demgegenüber vermisst wird eine Behandlung des Rechts der überwachungsbedürftigen Anlagen nach der Betriebssicherheitsverordnung (§§ 12 ff. BetrSichV). Das Recht der überwachungsbedürftigen Anlagen, als unmittelbarer Vorgängerregelung des Systems der Eröffnungskontrolle nach dem BImSchG, unterscheidet sich in einem zentralen Punkt von den Regelungen des BImSchG: der besonders starken Rolle der privaten Sachverständigen. Was liegt daher näher als diesen Bereich, und damit korrespondierend die Regelungen des Einsatzes von Sachverständigen (§ 17 Abs. 4 und 5 GPSG i. V. m. § 21 BetrSichV), näher zu beleuchten? Die Regelungen der §§ 12 ff. Betriebssicherheitsverordnung entsprechen im wesentlichem dem Vorschlag *Häfners* zur künftigen Regulierung des Genehmigungsverfahrens. Des Weiteren liegt ein Konzept zur Beteiligung von Sachverständigen in der nachfolgenden Phase der begleitenden Kontrolle vor. Gemäß § 13 Abs. 1 BetrSichV sind die Montage, die Installation, der Betrieb, die wesentliche Veränderung und Änderung der Bauart und Betriebsweise überwachungsbedürftige Anlagen erlaubnispflichtig. Die notwendigen Unterlagen zur Beurteilung der Anlage sind mit einem Gutachten einer zugelassenen Überwachungsstelle einzureichen, das bestätigt, dass die Anforderungen der BetrSichV eingehalten werden (§ 13 Abs. 2 BetrSichV). Innerhalb von drei Monaten ist über den Antrag zu entscheiden. Die Erlaubnis gilt als erteilt, wenn die zuständige Behörde nach Ablauf der Frist, die Montage und Installation nicht untersagt (§ 13 Abs. 4 BetrSichV). Die Überprüfung von Inbetriebnahme wird durch eine zugelassene Stelle (§ 14 Abs. 1 BetrSichV) bzw. teilweise durch befähigte Personen (§ 14 Abs. 3 BetrSichV) vorgenommen. Die begleitende Aufsicht über die überwachungsbedürftigen Anlagen wird in den §§ 12, 15 und 18 BetrSichV geregelt. Die zentrale Anforderung für den Betrieb von überwachungsbedürftigen Anlagen ist die Einhaltung des Standes der Technik in jeder Phase der Inbetriebnahme und des Betriebes (§ 12 Abs. 1 BetrSichV). Dabei sind die vom Ausschuss für Betriebssicherheit (§ 24 BetrSichV) ermittelten und veröffentlichten Regeln zu beachten. Der Anlagenbetreiber hat individuelle, risikospezifische Prüffristen zu ermitteln, die von einer zugelassenen Überwachungsstelle überprüft und gegebenenfalls verkürzt werden (§ 15 Abs. 1 und 4 BetrSichV). Können sich der Betreiber und die zugelassene Überwachungsstelle nicht über die Prüffrist einigen, entscheidet die zuständige Behörde. Diese kann dafür ein Gegengutachten im Einvernehmen mit dem Anlagenbetreiber beauftragen (§ 15 Abs. 4 BetrSichV). Die zuständige Behörde kann außerordentliche Prüfungen anordnen (§§ 16, 18 BetrSichV). Das Modell der Betriebssicherheitsverordnung entspricht ersichtlich dem Modell des Verfassers. Entstehungs- und Randbedingungen dieses Regulierungsmodells wären sicherlich einer näheren Betrachtung Wert gewesen (sehr informativ dazu auch *Ina vom Feld*, Staatsentlastung im Technikrecht. Dampfesselgesetzgebung und -überwachung in Preußen 1831–1914, 2007).

Ähnliches gilt für die Regulierung der Sachverständigentätigkeit selber (den zurzeit umfassendsten Überblick liefert *Patrick Scholl*, Der private Sachverständige im Verwaltungsrecht, 2005). Überwachungsstellen nach der Betriebssicherheitsverordnung haben die wohl breitesten Anforderungen zu erfüllen. Nach § 17 Abs. 5 GPSG in Verbindung mit § 21 Abs. 2 BetrSichV haben die Überwachungsstellen die Unabhängigkeit, die Verfügbarkeit angemessener Ressourcen (Organisation, Personal, Sachmittel), ausreichende technische Kompetenz und Berufserfahrung, die Wahrung des Datenschutzes, die Einhaltung vorgeschriebener Verfahren, einen Erfahrungsaustausch über gewonnene Prüfungserkenntnisse, die Zusammenarbeit mit anderen Überwachungsstellen, die Vornahme von Prüfungen überwachungsbedürftiger Anlagen, eine Organisationsstruktur mit einer Gesamtverantwortung für die Geschäftsleitung, die Unparteilichkeit der

prüfenden Personen, ein Qualitätssicherungssystem mit regelmäßiger Auditierung, eine Deckungssumme der Haftpflichtversicherung von mindestens 2 ½ Millionen Euro, sowie dass die Vergütung der Prüfer nicht von der Anzahl der durchgeführten Prüfungen oder deren Ergebnissen abhängig gemacht wird, nachzuweisen. Wenn für die überwachungsbedürftigen Anlagen nach der Betriebssicherheitsverordnung bereits ein solch umfangreiches Programm gefordert wird, kann das BImSchG mit seinen risikoreicheren Anlagen dahinter zurückstehen? Auch hinsichtlich der Kontrolle der Kontrolleure dürfte, nach den Erfahrungen in der Praxis, ein strikteres Anforderungsprofil nötig sein. Ein erster Schritt wäre die stichprobenartige Prüfung der erstellten Begutachtungs- und Revisionsberichte (Gutachtenaudit), die Überprüfung Vor-Ort (Office-Audit) und die Begleitung der Kontrolleure bei den Überprüfungen in den Organisationen (Witness-Audit). Angesichts der Defizite in der Sachverständigenaufsicht, scheint dieser Punkt für einen breiteren Einsatz von Sachverständigen der Wichtigste zu sein (vgl. ausführlicher *Jörg Windmann*, Der Verifikateur und der Aufsichtsbeamte im Sachverständigen-Vollzugsmodell, DÖV 2010, 396 ff.).

Die Arbeit von *Häfner*, eignet sich leider schon wegen ihres Umfangs kaum für einen Praktiker, obwohl das Thema zentral für die Zukunft ist. Sie ist aber schon wegen ihrer umfassenden Behandlung des Themas für jeden, der sich mit dem Thema Privatisierung von Aufsichtsverfahren bzw. Gewährleistungsrecht beschäftigt, ein Muss. Aufgrund der Breite und Tiefe des Ansatzes, geht leider manchmal die Stringenz in der Untersuchung verloren. Die oben angesprochenen anderen Sichten auf das Thema schmälern die Leistung und das Werk insgesamt nicht. Allerdings erfordert die Praxis bei einer Umsetzung von Sachverständigenmodellen im Ergebnis deutlich höhere Anforderungen an die Sachverständigenaufsicht.

DOI: 10.1007/s10357-011-2208-6

Bundesnaturschutzgesetz

Rezension zu: Frenz/Müggenborg (Hrsg.), Bundesnaturschutzgesetz. Kommentar, Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 1281 Seiten, ISBN: 978-3-503-12665-1

Nicht nur vom Umfang her ist der in der Reihe der Berliner Kommentare von Frenz/Müggenborg herausgegebene Kommentar zum Bundesnaturschutzgesetz ein Schwergewicht: Verknüpft werden mehrere Ebenen – die europa-, die bundes- und die landesrechtliche, einbezogen umweltpolitische Hintergründe, und obwohl explizit auf die Bedürfnisse der Praxis ausgerichtet, fehlt es nicht an theoretischen Fundierungen. In guter Kommentartradition steht die Klärung des Bedeutungsgehalts der einzelnen Bestimmungen – und dort wiederum der jeweiligen Tatbestandsmerkmale – im Zentrum. Das geschieht kenntnisreich, präzise, anschaulich. Das Kommentarteam, adäquat aus ausgewiesenen Wissenschaftlern und Praktikern zusammengesetzt, garantiert die souveräne Erfassung des jeweiligen Diskussionsstandes, ausgewogene Stellungnahmen und allemal umfassend abgesicherte und gut vertretbare Positionen. Gerade vor dem Hintergrund nicht immer konsistenter Rechtsprechung in den letzten Jahren in zentralen Fragen – man denke nur an die Judikatur zum Besonderen Artenschutzrecht – ist mehr als hilfreich, dass mit klaren Anstrichen Schneisen geschlagen, Querverbindungen hergestellt und immer dort, wo dies geboten erscheint, Lösungsansätze entwickelt werden. In Kombination mit vertiefenden Aussagen zu den Bestimmungen, die ohne Rückgriff auf europarechtliche Vorgaben nicht angemessen zu erfassen sind, liefert das Werk damit auch einen hervorragenden Einstieg für diejenigen, die sich der Materie Naturschutzrecht systematisch nähern wollen.

Der Benutzbarkeit kommt ein – alles andere als selbstverständlich – exzellentes Stichwortverzeichnis zugute. Weiterführende Hinweise finden sich in den Fußnoten sowie im Literaturverzeichnis.

Im Konzert der Kommentare zum Bundesnaturschutzgesetz liefert das Werk von Frenz/Müggenborg überaus nützliche Beiträge. Es geht aber deutlich darüber hinaus: Qualität und Intensität der Kommentierungen bewirken, dass diese neue Stimme unüberhörbar sein und den weiteren Diskussionsverlauf vielfach maßgeblich prägen wird.

Prof. Dr. Edmund Brandt
Braunschweig, Deutschland